

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Planung und Hochbau

Sitzung: Mittwoch, 23.10.2024

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 14:03 Uhr

Ende: 19:22 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Detlef Kühn - SPD

Mitglieder

| | |
|---|-----------------------------|
| Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE | ab 14:17 |
| Frau Annette Johannes - SPD | |
| Herr Burim Mehmeti - SPD | bis 17:39 Uhr |
| Herr Ulrich Volkmann - SPD | |
| Frau Heidemarie Mundlos - CDU | |
| Herr Gerrit Stühmeier - CDU | |
| Frau Antoinette von Gronefeld - CDU | bis 19:07 Uhr |
| Herr Rochus Jonas - B90/GRÜNE | bis 17:36 Uhr |
| Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE | |
| Herr Thomas Behrens - Die FRAKTION. BS | |
| Frau Silke Arning - BIBS | ab 14:48 Uhr, bis 17:46 Uhr |
| Herr Carsten Lehmann - FDP | bis 17:24 Uhr |
| Frau Anneke vom Hofe - AfD | bis 19:03 Uhr |
| Herr Andreas Becker - SPD | bis 16:40 |
| Herr Hans-Joachim Jäger - CDU | |
| Frau Christiane Kraatz - B90/GRÜNE | |
| Herr Leonhard Pelster - SPD | |
| Herr Amir Touhidi - B90/GRÜNE | bis 16:59 Uhr |
| Herr Thomas Martin - Behindertenbeirat Braunschweig e. V. | bis 18:19 Uhr |

Gäste

Herr Karlheinz Günther - Seniorenrat Braunschweig e. V.
Herr Mark Rhaesa - PSPC - Public Sector Project Consultants GmbH
Herr Torsten Voß - Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

Herr Rouven Langanke - Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

Frau Natascha Wessling - Struktur-Förderung Braunschweig GmbH

Verwaltung

Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Frau Bianca Winter - RefL 0600

Herr Dirk Franke - FBL 65

Herr Stephan Kühl - FBL 60

Herr Carsten Beddig - AbtL 65.1

Herr Bernward Beschorner - AbtL 61.0

Frau Katja Langer - RefL 0650

Frau Carolin Niemann - AbtL 66.2

Herr Bernd Schmidbauer - FBL 61

Frau Anne Schwarzer - Arbeitsgruppe 61.4 AG 3

Herr Jan Zander - Arbeitsgruppe 61.0 AG 1

Protokollführung

Frau Pauline Becker - Ref 0600

Herr Holger Ender - Ref 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Godehard Busche - CDU entschuldigt

Herr Thomas Röver - Vertreter der Umweltverbände entschuldigt

Verwaltung

Herr Harald Kirchhoff - Sachgebiet 65.02 SG 1 entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.09.2024 (öffentlicher Teil)
- 3 Mitteilungen
- 3.1 Evaluierung des Mobilitätskonzepts im Nördlichen Ringgebiet - Vortrag des Geschäftsführers der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig
- 3.2 Erbbaurecht: Möglichkeiten, Chancen und Risiken 23-21285
- 4 Anträge

| | | |
|--------|--|-------------|
| 4.1 | Spendenprogramm "Meine Bank für Braunschweig" | 24-24483 |
| 5 | Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024 - 2029 zu den Teilhaushalten der Fachbereiche 60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle und 61 Stadtplanung und Geoinformation und der Referate 0600 Baureferat und 0610 Stadtbild und Denkmalpflege | 24-24401 |
| 6 | Doppelhaushalt 2025/2026/Investitionsprogramm 2024 - 2029 für den Teilhaushalt des Fachbereichs 65 Gebäudemanagement/des Referats 0650 Hochbau und Haushalt 2025 für die Sonderrechnung des Fachbereichs 65 | 24-24471 |
| 7 | Projektrealisierungs- und Geschäftsbesorgungsvertrag zum schlüsselfertigen Neubau der Erweiterung des Gymnasiums Kleine Burg | 24-24384 |
| 8 | Änderung des städtebaulichen Vertrages "Wenden-West, 1. BA", WE 62, für den Bereich zwischen der Veltenhöfer Straße, der Straße Im Steinkampe und der Bundesautobahn A 2 | 24-24501 |
| 9 | Ausbau der Masurenstraße | 24-24311-01 |
| 10 | Sanierung und Erweiterung von vier Schulen in alternativer Beschaffung Grundsatzbeschluss | 24-24386 |
| 11 | Schillhaus Sanierung Dach, Außenfassaden, Fußbodenheizung und Fußbodenaufbau Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss | 24-24477 |
| 12 | 24-24466 Neubau der 4-zügigen GS Querum sowie der Neubau einer 3-fach-Sporthalle Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss | |
| 13 | Gymnasium Martino-Katharineum, Breite Straße 3-4, 38100 Braunschweig Erweiterung G9 und Sanierung 2. BA Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss | 24-24470 |
| 14 | Begrünungsmaßnahme Bohlweg 5 | 24-24224 |
| 15 | Anfragen | |
| 15.1 | Sachstand zur Infrastrukturentwicklung im Zusammenhang mit dem Baugebiet Rautheim-Möncheberg | 24-24486 |
| 15.1.1 | Sachstand zur Infrastrukturentwicklung im Zusammenhang mit dem Baugebiet Rautheim-Möncheberg | 24-24486-01 |
| 15.2 | Mögliche Zwischennutzung von Brachflächen in geplanten Baugebieten | 24-24485 |

- 15.2.1 Mögliche Zwischennutzung von Brachflächen in geplanten Bauge- 24-24485-01
 bieten
- 15.3 Mündliche Anfragen

Protokoll

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Kühn eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Er begrüßt Ratsherrn Behrens der Gruppe Die FRAKTION. – Die LINKE., Volt und Die PARTEI als Nachfolger für Ratsherrn Tegethoff. Er informiert, dass Bürgermitglied Busche entschuldigt fehlt.

Als Gäste der Sitzung kündigt der Ausschussvorsitzende Herrn Voß (Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig, zu TOP 3.1), Frau Wessling (Struktur-Förderung Braunschweig GmbH, zu TOP 7) und Herrn Rhaesa (PSPC – Public Sector Project Consultants GmbH, zu TOP 10) an.

Anschließend informiert der Ausschussvorsitzende, dass die Vorlage zu TOP 12 (24-24466) von der Verwaltung zurückgezogen wird.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Kühn lässt über die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.09.2024 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 7 dagegen: 0 Enthaltungen: 3

3. Mitteilungen

3.1. Evaluierung des Mobilitätskonzepts im Nördlichen Ringgebiet - Vortrag des Geschäftsführers der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

Herr Voß von der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig (NiWo) präsentiert die Evaluierung des Mobilitätskonzepts im Nördlichen Ringgebiet.

Protokollnotiz: Ratsfrau Jalyschko nimmt ab 14:17 Uhr an der Sitzung teil.

Protokollnotiz: Auf Wunsch des Ausschussvorsitzenden Ratsherrn Kühn wird die Präsentationsunterlage diesem Protokoll als Anlage beigefügt (s. Anlage 1).

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth zur Widmung der Verkehrsflächen erklärt Herr Voß, dass der nördliche Teil der Lichtwerkallee als Haupteinfahrungsachse, wie auch der Lampadiusring nun fertiggestellt seien. Dadurch werde sich die Parksituation bereits regulieren. Stadtbaurat Leuer ergänzt, dass eine Widmung der Straßen erst sinnvoll ist, wenn die Bauarbeiten vollends abgeschlossen sind.

Ratsherr Pelster stellt mehrere Fragen hinsichtlich der Kooperation mit den Carsharing-Anbietern. Laut Herrn Voß ist die NiWo aufgrund der Baugenehmigung verpflichtet, auf eigenem Grund dauerhaft zwei Carsharing-Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Die Carsharing-Anbieter fordern monatliche Mindestumsätze, die im betreffenden Gebiet jedoch erreicht werden. Private Immobilienunternehmen werden vorwiegend durch die Nachfrage am Markt nach Carsharing-Angeboten motiviert, solche zur Verfügung zu stellen. Die Zurverfügungstellung aufgrund eines Mobilitätskonzepts im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens hält er für weniger realistisch.

Ratsfrau von Gronefeld stellt fest, dass ca. 85 % der Mieterschaft im betreffenden Baugebiet keine Kinder haben. Sie möchte wissen, inwiefern das Mobilitätskonzept bei einer Mieterschaft mit mehr Kindern angepasst würde. Herr Voß teilt mit, dass im Baugebiet Stöckheim Erfahrungen dazu gesammelt werden sollen, da dort mehr Kinder leben.

Zur Frage von Ratsfrau von Gronefeld hinsichtlich der Auslastung der Tiefgaragen stellt Herr Voß dar, dass die Stellplätze weiter vermarktet werden, auch an Personen, die kein Mietverhältnis mit der NiWo haben. Ohnehin werden die Stellplätze tendenziell erst mit zeitlicher Verzögerung im Vergleich zu den Wohnungen vermietet.

Zur Nachfrage von Ratsfrau von Gronefeld bezüglich der Kindersitze in den Carsharing-Fahrzeugen sichert Herr Voß eine Klärung zu.

Protokollnotiz: Die Vielzahl der Kindersitzarten, gestaffelt nach Alter bzw. Gewichtsklassen, macht es leider nicht möglich, für jedes Alter entsprechend einen Sitz im Fahrzeug vorrätig zu haben. Ergänzend ist die Sicherheitsprüfung der einzelnen Modelle der Kindersitze ebenfalls zu berücksichtigen. Der optimale Schutz beim Transport eines Kindes ist darüber hinaus erst gegeben, wenn der entsprechende Kindersitz auch ordnungsgemäß genutzt bzw. montiert wird. Entsprechend freuen wir uns, auf das Angebot der Verkehrswacht Braunschweig e.V. verweisen zu dürfen. In der Geschäftsstelle können Autokindersitze gegen Kautions mit entsprechender Einweisung geliehen werden. Ein entsprechender Hinweis ist jetzt auch auf der Internetseite von Sheepersharing vorhanden.

Zur Frage der Vorgabe eines Stellplatzschlüssels von Ratsherrn Pelster teilt Stadtbaurat Leuer mit, dass dies nach der Novelle der Niedersächsischen Bauordnung zwar nicht mehr über den Bebauungsplan möglich ist, privatrechtliche Regelungen z. B. im Rahmen von Konzeptvergaben jedoch weiterhin in Betracht kommen, sofern die Stadt selbst oder die NiWo Grundstückseigentümerin ist.

Ratsherr Jonas kritisiert fehlende Abstellplätze in den Tiefgaragen für Lastenräder und Räder mit Anhängern. Hierzu und zu den Ladepunkten für Pkw in den Tiefgaragen möchte er wissen, wie die Planung diesbezüglich im dritten Bauabschnitt aussieht.

Herr Voß bietet an, dass die Anwohnenden bei Problemen direkt Kontakt mit der NiWo aufnehmen können. Er hebt hervor, dass im Baugebiet zwei Fahrradparkhäuser zur Verfügung stehen und eine Abstellung von Fahrrädern in den Tiefgaragen nicht vorgesehen ist. Die Stellplätze in den Tiefgaragen sollen elektrifiziert werden, dies ist jedoch noch nicht großflächig erfolgt.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Pelster zur Umsetzung von Mobilitätskonzepten durch andere Bauträger erklärt Stadtbaurat Leuer, dass ein durch das Büro Argus entworfenes Mobilitätskonzept die Grundlage darstellt und in die aktuellen Bebauungspläne einfließt. Die NiWo hat dieses Konzept zudem weiterentwickelt und an die konkreten Bedarfe angepasst. Mobilitätskonzepte spielen dabei nur in Gebieten mit einer gewissen Verdichtung eine Rolle.

Zur Nachfrage von Ratsherrn Jonas hinsichtlich der das Ringgleis betreffenden Kürzungen im Haushalt, unterstreicht Stadtrat Herlitschke, dass diese Kürzungen keine Auswirkungen auf den Bestand des Ringgleises haben. Betroffen sind lediglich zukünftige Maßnahmen zur weiteren Attraktivitätssteigerung des Ringgleises (z. B. Hinweisstelen).

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.2. Erbbaurecht: Möglichkeiten, Chancen und Risiken**23-21285**

Stadtbaurat Leuer stellt die Mitteilung der Verwaltung vor.

Ratsfrau Mundlos bedankt sich bei der Verwaltung für die Mitteilung. Auf ihre Nachfrage, bestätigt Stadtbaurat Leuer, dass das Instrument des Erbbaurechts in den vergangenen Jahren durch die Stadt wenig genutzt wurde. Aus seiner Sicht muss im Einzelfall entschieden werden, welches Instrument sinnvoll ist. Das Erbbaurecht sollte jedoch nicht grundsätzlich außer Betracht gelassen werden.

Ratsherr Mehmeti bittet darum, eine Statistik (ähnlich der Abbildung 4 der Vorlage) zu erhalten, aus der hervorgeht, wie viele tatsächliche Erbbaurechte durch die Stadt, aber auch z. B. durch Kirchen, in Braunschweig bestehen. Stadtbaurat Leuer sichert eine Klärung dessen zu.

Ergebnis:

Die Mitteilung 23-21285 wird zur Kenntnis genommen.

4. Anträge**4.1. Spendenprogramm "Meine Bank für Braunschweig"****24-24483**

Ratsfrau Kluth bringt den Antrag 24-24483 ein und begründet ihn.

Ratsfrau Mundlos bittet die Verwaltung, bei der Standortwahl Kriterien zugrunde zu legen, die die Gefahr einer Zweckentfremdung der Bank minimieren.

Stadtbaurat Leuer begrüßt die Idee des Antrags grundsätzlich, weist jedoch auch auf den Aufwand für die Verwaltung hin und bittet daher darum, pragmatisch vorzugehen. Den Vorschlag von Ratsherrn Kühn zur Einbeziehung der Stadtbezirksräte bei der Standortwahl unterstützt er.

Ratsherr Stühmeier betont, dass durch etwaige Standortwünsche keine weiteren Parkplätze verloren gehen dürfen.

Beschluss:

Nach dem Vorbild des Spendenprogramms „Mein Baum für Braunschweig“ wird ein Spendenprogramm für Sitzbänke in Parks sowie an geeigneten Straßen und Plätzen im gesamten Stadtgebiet entwickelt und umgesetzt. Dabei sollen auch kleinere Spendenbeträge möglich sein. Die Spender*innen sollen die Möglichkeit bekommen, über den Standort „ihrer“ Bank mitzuentcheiden und ab einem noch festzulegenden Betrag eine Plakette an der Bank anbringen zu lassen, die einen frei wählbaren Text, z.B. den Namen der Spender*innen, enthält.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein entsprechendes Konzept für ein solches Bankspendenprogramm zu entwickeln und den Gremien möglichst noch im Jahr 2025 zum Beschluss vorzulegen. Dieses Konzept soll auch erste mögliche Standorte für zusätzliche Bänke beinhalten. Diese Standorte sollen zunächst so gewählt werden, dass sie sich zum einen im Idealfall über das gesamte Stadtgebiet verteilen, dass der Aufwand für die Verwaltung allerdings möglichst gering gehalten wird. Diese Liste mit möglichen Standorten soll in den kommenden Jahren bei Bedarf sukzessive ergänzt werden.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an den VA und Rat):

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

5. Doppelhaushalt 2025/2026 / Investitionsprogramm 2024 - 2029 zu den Teilhaushalten der Fachbereiche 60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle und 61 Stadtplanung und Geoinformation und der Referate 0600 Baureferat und 0610 Stadtbild und Denkmalpflege

24-24401

Ratsherr Behrens sieht die Anfrage A004 als nicht beantwortet an und wünscht eine tabellarische Aufarbeitung bis zur Ratssitzung. Ratsfrau Mundlos unterstützt diese Bitte.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn lässt über die Anträge der Anlagen 2 - 4 nacheinander abstimmen.

Zu den Nachfragen von Ratsfrau Kluth und Ratsherrn Behrens bezüglich der Ansatzveränderungen der Verwaltung in Anlage 5 führt Stadtbaurat Leuer aus, dass 320.000 € für den städte- und hochbaulichen Wettbewerb im Bereich zwischen dem Schlosscarree, dem ehemaligen Galeria Kaufhof-Gebäude und dem Magniviertel vorgesehen sind. Die Kosten teilen sich dabei ca. hälftig zwischen dem städtebaulichen und dem hochbaulichen Wettbewerb auf. Der Anteil des Eigentümers des Galeria Kaufhof-Gebäudes wird ähnlich hoch sein wie der der Stadt.

Herr Kühn lässt über die Ansatzveränderungen in Anlage 5 abstimmen.

Zu den lfd. Nr. 1-6, 11-13, 15 und 17 der Anlage 6 stellt Ratsherr Behrens einen Antrag auf passieren lassen. Er kritisiert, dass aus den Aufstellungen nicht ersichtlich wird, dass keine Maßnahmen in den Sanierungsgebieten durch die Kostenveränderungen wegfallen. Herr Beschorner weist daraufhin, dass das Ausgabevolumen bei keiner der Maßnahmen verringert wird. Aufgrund dessen, dass die Jahresabschlüsse 2021 ff. noch nicht abgeschlossen sind, liegen die Rechnungsergebnisse noch nicht vor, diese sind jedoch die Basis für weitere Planungen. Ein weiterer großer Anteil stellt der Wegfall der Straßenausbaubeiträge dar, aufgrund dessen der städtische Eigenanteil erhöht werden müsse.

Es wird sich darauf verständigt, dass die Verwaltung bis zum Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung eine Aufstellung erarbeitet, aus der erkennbar wird, dass keine Maßnahmen in den Sanierungsgebieten wegfallen.

Protokollnotiz: Ratsfrau Kluth verlässt um 15:48 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsfrau Johannes verlässt um 15:50 Uhr die Sitzung.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Behrens zur lfd. Nr. 16 hinsichtlich der zusätzlichen Einzahlungen aus Erschließungsbeiträgen erklärt Herr Beschorner, dass diese auf der Neuberechnung öffentlicher Verkehrsanlagen (öffentliche Straßen, Wege und Plätze) basieren, wodurch mit höheren Erträgen gerechnet wird.

Protokollnotiz: Ratsfrau Kluth nimmt ab 15:51 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn lässt über die Gesamtvorlage abstimmen.

Ratsfrau Arning bittet um Vorlage der Stellungnahme zur Anfrage A138 Wilhelmstraße als Mitteilung außerhalb von Sitzungen vor der Ratssitzung am 17.12.2024.

Protokollnotiz: Die Stellungnahmen der Verwaltung zu den Anfragen A138 Wilhelmstraße und A155 Straßenpanoramabilder werden in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung am 28.11.2024 behandelt.

Beschluss:

"Dem Entwurf der Teilhaushalte und dem Investitionsprogramm 2024 - 2029 der Teilhaushalte

- Fachbereich 60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle

- Fachbereich 61 Stadtplanung und Geoinformation
- Referat 0600 Baureferat
- Referat 0610 Stadtbild und Denkmalpflege

wird unter Berücksichtigung der zu den Anträgen der Ratsfraktionen/-gruppen und der Stadtbezirksräte sowie den Ansatzveränderungen der Verwaltung gefassten Beschlüsse zugestimmt. Die in den beigefügten Anlagen aufgeführten Anträge werden hiermit zur Beratung für die Haushaltslesung des Rates überwiesen."

Abstimmungsergebnis über die Vorlage 24-24401:

dafür: 6 dagegen: 0 Enthaltungen: 4

Abstimmungsergebnisse zu den einzelnen Anlagen:

Anlage 2

| | |
|----------------------------|----------------------------------|
| FU 039: Abgelehnt | 1 dafür, 10 dagegen, 0 enthalten |
| FU SBR02: Abgelehnt | 1 dafür, 10 dagegen, 0 enthalten |
| FU 156: Abgelehnt | 3 dafür, 8 dagegen, 0 enthalten |

Anlage 3

| | |
|------------------------------|----------------------------------|
| FWE SBR10: Angenommen | 10 dafür, 0 dagegen, 1 enthalten |
|------------------------------|----------------------------------|

Anlage 4

| | |
|---------------------------|----------------------------------|
| FWI 119: Abgelehnt | 1 dafür, 10 dagegen, 0 enthalten |
|---------------------------|----------------------------------|

Anlage 5

| | |
|-------------------------------|----------------------------------|
| Lfd. Nr. 1: Angenommen | 10 dafür, 0 dagegen, 1 enthalten |
|-------------------------------|----------------------------------|

Anlage 6

| | |
|---|----------------------------------|
| Lfd. Nr. 1: zum Antrag auf passieren lassen | 11 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten |
| Lfd. Nr. 2: zum Antrag auf passieren lassen | 11 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten |
| Lfd. Nr. 3: zum Antrag auf passieren lassen | 11 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten |
| Lfd. Nr. 4: zum Antrag auf passieren lassen | 11 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten |
| Lfd. Nr. 5: zum Antrag auf passieren lassen | 11 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten |
| Lfd. Nr. 6: zum Antrag auf passieren lassen | 11 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten |
| Lfd. Nr. 7: Angenommen | 9 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten |
| Lfd. Nr. 8: Angenommen | 9 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten |
| Lfd. Nr. 9: Angenommen | 9 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten |
| Lfd. Nr. 10: Angenommen | 9 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten |
| Lfd. Nr. 11: zum Antrag auf passieren lassen | 11 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten |
| Lfd. Nr. 12: zum Antrag auf passieren lassen | 11 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten |
| Lfd. Nr. 13: zum Antrag auf passieren lassen | 11 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten |
| Lfd. Nr. 14: Angenommen | 9 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten |
| Lfd. Nr. 15: zum Antrag auf passieren lassen | 11 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten |
| Lfd. Nr. 16: Angenommen | 9 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten |
| Lfd. Nr. 17: zum Antrag auf passieren lassen | 11 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten |
| Lfd. Nr. 18: Angenommen | 9 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten |
| Lfd. Nr. 19: Angenommen | 9 dafür, 0 dagegen, 0 enthalten |

- | | |
|---|-----------------|
| 6. Doppelhaushalt 2025/2026/Investitionsprogramm 2024 - 2029 für den Teilhaushalt des Fachbereichs 65 Gebäudemanagement/des Referats 0650 Hochbau und Haushalt 2025 für die Sonderrechnung des Fachbereichs 65 | 24-24471 |
|---|-----------------|

Ratsfrau Mundlos weist erneut daraufhin, dass die Anfrage A004 als nicht beantwortet angesehen wird und eine tabellarische Aufarbeitung bis zur Ratssitzung gewünscht wird (vgl. Wortbeitrag zu TOP 5). Stadtrat Herlitschke erläutert, auf die Hochbauinvestitionen beziehend, dass Kriterien entwickelt wurden, anhand derer Maßnahmen priorisiert werden.

Zudem wurde ein Abgleich zwischen Haushaltsvolumen und Leistungsfähigkeit der Bauverwaltung vorgenommen. Ziel ist es, das Anfallen von Haushaltsresten, im Vergleich zu den letzten Jahren zu reduzieren.

Protokollnotiz: Ratsfrau Johannes nimmt ab 15:56 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Protokollnotiz: Ratsherr Stühmeier verlässt um 15:58 Uhr die Sitzung.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn lässt nacheinander über die Anträge der Anlage 2 abstimmen. Es wird festgestellt, dass sich die Anträge unter den lfd. Nr. 2 und 3 erledigt haben. Der Antrag unter der lfd. Nr. 4 wird von Ratsherrn Behrens zurückgezogen.

Protokollnotiz: Ratsherr Stühmeier nimmt ab 16:03 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Bezugnehmend auf den Antrag unter der lfd. Nr. 5 bittet Ratsherr Behrens darum, die Sanierung des Gesundheitsamtes nicht zu verschieben. Stadtrat Herlitschke stellt dar, dass es räumliche Mehrbedarfe des Gesundheitsamtes gibt, die in der aktuellen Liegenschaft nicht gedeckt werden können und eine Sanierung daher zurzeit nicht zweckmäßig wäre.

Zu den Anträgen unter den lfd. Nr. 6 (Ratsherr Mehmeti), 11 und 12 (Ratsfrau Mundlos) sowie 13 (Ratsfrau Jalyschko) werden Anträge auf passieren lassen gestellt.

Der Antrag unter der lfd. Nr. 14 wird von Ratsfrau Jalyschko zurückgezogen.

Ratsherr Volkmann bittet darum seine Enthaltung zum Antrag unter der lfd. Nr. 15 zum Protokoll zu nehmen.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn lässt über die Ansatzveränderungen der Verwaltung in Anlage 3 en bloc abstimmen.

Ratsfrau Mundlos bringt zum Ausdruck, dass die CDU-Fraktion die Umsetzung des Ersatzbaus des Feuerwehrhauses Geitelde-Stiddien (lfd. Nr. 38) wünscht. An die SPD-Fraktion gibt sie den Hinweis, die Information zur Fertigstellung der Feuerwehrhäuser in Stöckheim und Geitelde im Jahr 2024/2025 von der Homepage zu nehmen.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn lässt über die Gesamtvorlage abstimmen.

Beschluss:

„1. Den Entwürfen des Doppelhaushalts 2025/2026 und des Investitionsprogramms 2024 - 2029 des Teilhaushalts des Fachbereichs 65/des Ref. 0650 wird unter Berücksichtigung der zu den Anträgen der Ratsfraktionen/-gruppen und der Stadtbezirksräte sowie den Ansatzveränderungen der Verwaltung gefassten Beschlüsse zugestimmt. Die in den beigefügten Anlagen aufgeführten Anträge werden hiermit zur Beratung für die Haushaltslesung des Rates überwiesen.

2. Der Haushaltsplan 2025 für die Sonderrechnung des Fachbereichs 65 Gebäudemanagement wird dem Verwaltungsausschuss und dem Rat unter Berücksichtigung der in den Zuständigkeitsbereich des APH fallenden Beschlüsse zur Annahme empfohlen.“

Abstimmungsergebnis über die Vorlage 24-24471:

dafür: 7 dagegen: 0 Enthaltungen: 4

Abstimmungsergebnisse zu den einzelnen Anlagen:

Anlage 2

Lfd. Nr. 1: **Abgelehnt**

0 dafür, 9 dagegen, 1 enthalten

Lfd. Nr. 2: **Aufgrund der Anmerkung der Verwaltung hat sich der Antrag erledigt.**

Lfd. Nr. 3: **Aufgrund der Anmerkung der Verwaltung hat sich der Antrag erledigt.**

Lfd. Nr. 4: **Der Antrag wurde zurückgezogen.**

Lfd. Nr. 5: **Abgelehnt**

1 dafür, 10 dagegen, 0 enthalten

Stadtrat Herlitschke führt in die Vorlage 24-24384 ein.

Frau Wessling von der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (SFB) trägt anhand der Präsentation in der Anlage dieser Vorlage vor.

Ratsfrau Kraatz stellt Nachfragen zur Preisgleitklausel, zu den Honorarkosten, zu den Zuschlägen für besondere Leistungen sowie auch zum Fertigstellungsrisiko.

Frau Wessling erklärt, dass der Baupreisindex bis zu dem Zeitpunkt an dem an einen Generalunternehmer abgegeben wird, geschätzt wurde. Die Planerinnen und Planer bekommen ein Pauschalhonorar, welches genau wie die Baukosten gedeckelt ist. Die Schule wird von den beiden flankierenden Projekten mitsubventioniert. Dabei muss der Vertrag der SFB marktüblich sein. Die Preisgleitklausel sorgt dafür, dass die SFB wirtschaftlich arbeiten kann.

Zur Frage der Honorarkosten erklärt Frau Wessling, dass die Gesamtkosten des Projektes, zu denen auch die Honorare gehören, nach der Honorarordnung Grundlage für die Ermittlung der Honorarhöhe sind.

Über die Zuschläge für besondere Leistungen gibt es laut Frau Wessling einen Katalog. In diesem Fall wurden die besonderen Leistungen nicht konkret im Vertrag benannt, da so nicht immer wieder nachverhandelt werden müsse.

Stadtrat Herlitschke weist grundlegend daraufhin, dass es sich bei der SFB um eine Tochtergesellschaft der Stadt handelt und der Vertrag daher anders aufgebaut ist. Die Transparenz werde dabei u. a. durch regelmäßige Berichte sichergestellt. Frau Wessling ergänzt, dass die Honorarordnung im Grundhonorar nur eine Projektsteuerung beinhaltet. Die Projektleitung, wie auch die Erbringung aller Neben- und Sonderleistungen liegt bei der SFB, weshalb fast kein Personal der Stadt gebunden ist. Daher handelt es sich um die für die Stadt günstigste Variante. Stadtrat Herlitschke betont, dass die Wirtschaftlichkeit durch den Fachbereich Finanzen und das Rechnungsprüfungsamt bestätigt wurde.

Stadtrat Herlitschke bittet für die Zukunft darum, solche spezifischen Fragen im Vorhinein einzureichen.

Auf die Frage von Ratsherrn Lehmann zum Personalbedarf stellt Frau Wessling dar, dass bereits seit einem Jahr an dem Projekt gearbeitet wird und es für die Stadthalle und die Stiftshöfe jeweils ein Team gibt, welches aus Wirtschaftsingenieuren, Architekten und Projektassistenten besteht. Diese Teams haben bisher alle Ausschreibungen, Vergaben und dazugehörige Termine betreut. Zudem waren sie für die Wirtschaftlichkeitsberechnungen und die Verträge mit dem Hotelbetreiber zuständig.

Ratsherr Stühmeier begrüßt die Vorlage ausdrücklich. Auf seine Nachfrage zur Nachnutzung der Räumlichkeiten in der Leopoldstraße weist Stadtrat Herlitschke auf den Mehrwert für die Schule hin, den die Verlagerung der Außenstelle an Kernstandort mit sich bringt. Zudem können dadurch Kosten reduziert werden. Eine Nachnutzung der Räumlichkeiten soll in Zukunft erfolgen, ist jedoch noch nicht konkret geplant.

Zur weiteren Nachfrage von Ratsherrn Stühmeier hinsichtlich der Sanierungskosten erklärt Stadtrat Herlitschke, dass die 1,5 Mio. € durch die erforderlichen Eingriffe am Bestandsbau entstehen. Die anschließende Sanierung des Altbaus steht zu einem späteren Zeitpunkt an, die Kosten dafür werden noch ermittelt.

Zur letzten Nachfrage von Ratsherrn Stühmeier hinsichtlich der Risikorückstellung erläutert Frau Wessling, dass es sich dabei grundsätzlich um eine Vorgabe der Finanzverwaltung handelt. Der Wert wurde jedoch vorab durch die SFB anhand von Kennwerten berechnet.

Ratsherr Mehmeti begrüßt die Wahl des Konstrukts mit der SFB und die damit einhergehende Wirtschaftlichkeit. Gleichzeitig bedankt er sich auch für die tiefgreifenden Fragen von Ratsfrau Kraatz.

Ratsherr Jonas regt an, die von Ratsfrau Kraatz als nicht beantwortet angesehenen Fragen schriftlich bei der Verwaltung einzureichen. Stadtrat Herlitschke sichert die Beantwortung zu.

Protokollnotiz: Die Beantwortung der durch die Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN schriftlich eingereichten Fragen erfolgt durch die Verwaltung als Anlage zu diesem Protokoll (s. Anlage 2).

Beschluss:

1. Dem als Anlage 2 beigefügten Projektrealisierungs- und Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der Stadt und der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH (SFB) zum Neubau der Erweiterung des Gymnasiums Kleine Burg wird zugestimmt.
2. Die Gesamtkosten für die Erweiterung des Schulsektors GY Kleine Burg betragen rund 35,77 Mio. € (31,10 Mio. € brutto Baukosten zzgl. rd. 4,67 Mio. € Grundstückskosten). Die notwendigen Haushaltsmittel werden unter dem Vorbehalt der haushaltsrechtlichen Genehmigungen in den Haushalt 2025 ff. eingebracht (Vorfestlegung des Rates zum Haushalt 2025 ff).

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an den VA und Rat):

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 3

8. Änderung des städtebaulichen Vertrages "Wenden-West, 1. BA", WE 62, für den Bereich zwischen der Veltenhöfer Straße, der Straße Im Steinkampe und der Bundesautobahn A 2 24-24501

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 24-24501 ein.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn gibt die Bitte des Stadtbezirksrates 322 weiter, welcher sich Platz für Seniorenwohnen wünscht. Stadtbaurat Leuer bestätigt, dass Einvernehmen darüber besteht, Seniorenwohnen auf der nun freien Fläche bevorzugt umzusetzen und versichert, dass dies durch privatrechtliche Vorgaben sichergestellt werden kann.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Jalyschko zur räumlichen Relation bestätigt Stadtbaurat Leuer ihre Vermutung, dass die Entfernung zwischen dem ursprünglichen Kita-Standort im ersten Bauabschnitt und dem neuen Standort im zweiten Bauabschnitt ca. 300-400 m beträgt. Es müsse vertraglich sichergestellt werden, dass der Bau der Kita rechtzeitig begonnen würde, damit stimmt er Ratsherrn Mehmeti zu.

Ratsfrau Mundlos kritisiert die juristisch nichtbindende Formulierung „Dadurch wird es der GGB erleichtert, die im 1. Bauabschnitt vorgesehene Fläche z. B. für Seniorenwohnen zu vermarkten.“ im Sachverhalt der Vorlage. Stadtbaurat Leuer weist daraufhin, dass im städtebaulichen Vertrag nur das geregelt werden kann, was im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan nach dem BauGB möglich ist.

Beschluss:

„Dem Abschluss eines Änderungsvertrages zum städtebaulichen Vertrag „Wenden-West, 1. BA“, WE 62, zwischen der Stadt Braunschweig, der Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) und der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH (GGB) mit den im Sachverhalt aufgeführten wesentlichen Inhalten wird zugestimmt.“

Anregung von Ratsfrau Mundlos zur Aufnahme folgender Protokollnotiz, die den Sachverhalt der Vorlage betrifft:

Protokollnotiz: Es besteht Einvernehmen darüber, dass die im 1. Bauabschnitt vorgesehene Fläche bevorzugt für Seniorenwohnen vermarktet werden soll.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. Ausbau der Masurenstraße

24-24311-01

Protokollnotiz: Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn unterbricht die Ausschusssitzung für eine Sitzungspause von 17:35 – 17:45 Uhr.

Protokollnotiz: Ratsherr Jonas und Ratsherr Mehmeti verlassen zur Sitzungspause die Sitzung.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Kühn zur Kenntlichmachung der Feuerwehraufstellflächen teilt Frau Niemann mit, dass diese im verkehrsberuhigten Bereich durch unterschiedlich gefärbte Pflasterung hervortreten. Auf Bitte von Ratsherrn Kühn wird die Verwaltung jedoch überprüfen, ob noch eine weitergehende Kennzeichnung z. B. durch eine Beschilderung sinnvoll ist.

Ratsfrau Jalyschko regt an, das Parken auf Supermarktparkplätzen für Anwohnende noch einmal gesamtstädtisch zu überprüfen, da der Parkdruck so verringert werden könnte. Stadtbaurat Leuer sichert dies zu.

Zur Nachfrage von Ratsfrau Jalyschko hinsichtlich der Einrichtung zweier Parkplätze vor den Baumscheiben in Richtung der Einmündung zur Ackerstraße erklärt Frau Niemann, dass die Hauseingänge sowie die Bereiche für die Mülltonnen freigehalten werden müssen und aus diesem Grund die Baumscheibe nicht verschoben werden kann. Die Fläche werde wahrscheinlich nicht für zwei weitere Parkplätze ausreichen. Stadtbaurat Leuer sichert jedoch zu, dies in der Ausführungsplanung noch einmal genau zu überprüfen.

Ratsherr Stühmeier begrüßt die Anregung von Ratsfrau Jalyschko zur Überprüfung der Nutzung von Supermarktparkplätzen. Zudem weist er darauf hin, dass durch das Weglassen der Bäume im verkehrsberuhigten Bereich fünf Parkplätze gerettet werden könnten. Darüber hinaus kritisiert er, dass in der Planung kein Gehweg mehr vorhanden ist, was zu Problemen für mobilitätseingeschränkte Personen führe. Insgesamt kritisiert er die fehlende Kommissbereitschaft der Verwaltung. Vor diesen Hintergründen spricht er sich gegen die Umwandlung der Straße in einen verkehrsberuhigten Bereich aus und kündigt einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion an.

Ratsfrau Jalyschko entgegnet, dass unter Einhaltung der Mindestfahrbahnbreite und Berücksichtigung der Feuerwehraufstellflächen kein Platz für Parkplätze wäre, wenn die Straße nicht in einen verkehrsberuhigten Bereich umgewandelt würde, da weiterhin Gehwege vorgehalten werden müssten. Stadtbaurat Leuer greift diese Aussage später in der Sitzung auf und bekräftigt sie.

Ratsherr Pelster unterstützt die Umwandlung der Straße in einen verkehrsberuhigten Bereich mit der Begründung, dass die Zugänglichkeit für die Feuerwehr sichergestellt werden müsse.

Ratsherr Behrens stellt dar, dass die Sicherheit der Anwohnenden gegenüber anderen Zielen überwiegen sollte und spricht sich für die Umsetzung der Vorlage aus.

Bezugnehmend auf Kritik von Ratsfrau Mundlos betont Stadtbaurat Leuer, dass die Verwaltung den verkehrsberuhigten Bereich keinesfalls plant, um aktiv für den Wegfall von Parkplätzen zu sorgen. Vielmehr gehe es darum, die von der Feuerwehr genannten Anforderungen umzusetzen. Diese zu umgehen wäre nicht zu verantworten. Die geplanten Bäume tragen seiner Meinung nach zur Lebensqualität bei und sind vor dem Hintergrund des Klimawandels wertvoll.

Bezugnehmend auf einen Wortbeitrag von Ratsfrau Jalyschko schlägt Ratsherr Stühmeier vor, die Straße als Bewohnerparkzone auszuweisen. So könne sichergestellt werden, dass die Parkplätze in der Straße ausschließlich den Anwohnenden zur Verfügung stehen.

Ausschussvorsitzender Ratsherr Kühn lässt zunächst über den mündlich eingebrachten Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen. Er stellt fest, dass dieser abgelehnt wird. Daraufhin stellt Ratsherr Stühmeier einen Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung der Vorlage. Nachdem dieser abgelehnt wurde, lässt der Ausschussvorsitzende sodann über die Vorlage 24-24311-01 abstimmen.

Beschlussvorschlag (mündlich durch Ratsherrn Stühmeier):

1. Der Erneuerung der Entwässerungskanäle, Stromversorgung und Straßenbeleuchtung wird zugestimmt.
2. Mindestens eine Laterne wird zum Laden von E-Autos umgerüstet.
3. Eine Umwandlung der Straße in einen verkehrsberuhigten Bereich wird abgelehnt. Das jetzige Angebot an Parkplätzen soll möglichst erhalten bleiben.

Beschluss der Vorlage 24-24311-01:

Der Planung und dem Ausbau der Masurenstraße in der als Anlage beigefügten Fassung sowie dem Einsatz von Städtebaufördermitteln in Höhe von 200.000 € für diese Maßnahme wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis zum mündlichen Änderungsantrag:

dafür: 3 dagegen: 6 Enthaltungen: 0

Abstimmungsergebnis (zum GO-Antrag auf Zurückstellung):

dafür: 3 dagegen: 6 Enthaltungen: 0

Abstimmungsergebnis zur Vorlage 24-24311-01:

dafür: 6 dagegen: 3 Enthaltungen: 0

**10. Sanierung und Erweiterung von vier Schulen in alternativer Beschaffung
Grundsatzbeschluss**

24-24386

Stadtrat Herlitschke führt in die Vorlage 24-24386 ein.

Herr Rhaesa stellt in einem Vortrag die Ergebnisse des Eignungstests und der vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zu den vier Schulen vor.

Ratsfrau Kraatz möchte wissen, ob Veränderungen im Schulsystem (z. B. Ganztags, Inklusion, Corona) in die Risikobetrachtung eingeflossen sind. Stadtrat Herlitschke führt dazu aus, dass diese Kosten auf die Wirtschaftlichkeitsrahmenbedingungen in den Verträgen umgerechnet werden und somit auf Grundlage der Verträge bezahlt werden können. Herr Rhaesa ergänzt, dass diese Kosten unter das sogenannte Technologierisiko fallen und damit abgedeckt sind.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Jalyschko zum Einfluss der Paketgröße auf die Gesamtwirtschaftlichkeit teilt Herr Rhaesa mit, dass zu große Pakete den Markt nicht ansprechen und dementsprechend keine Angebote mehr erfolgen.

Zur Nachfrage von Ratsfrau Mundlos, warum die Werte in den Auswertungen centgenau angegeben werden, erklärt Herr Rhaesa, dass die Modelle sehr genau rechnen und es falsch wäre, die Werte bereits am Anfang zu runden.

Beschluss:

"Die Ausschreibung eines partnerschaftlichen ÖPP-Modells zur Sanierung und Erweiterung der in der Vorlage beschriebenen Schulen ist auf Basis der nachstehenden Begründung vorzubereiten. Eine Vergabeentscheidung erfolgt nur, wenn die erzielten Ausschreibungsergebnisse der dann im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsberechnung ermittelten Kosten der Eigenherleitung entsprechen oder günstiger sind."

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an den VA):

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

- 11. Schillhaus
Sanierung Dach, Außenfassaden, Fußbodenheizung und Fußbodenaufbau
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

24-24477

Protokollnotiz: Ratsfrau von Gronefeld verlässt um 19:07 Uhr die Sitzung.

Beschluss:

Dem o. a. Bauvorhaben wird gemäß den Plänen vom 08.10.2024 zugestimmt.

Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Fachbereiches Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 09.10.2024 auf 350.000 € festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- 12. 24-24466 Neubau der 4-zügigen GS Querum sowie der Neubau einer 3-fach-Sporthalle Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

Die Vorlage 24-24466 wird von der Verwaltung zurückgezogen.

- 13. Gymnasium Martino-Katharineum,
Breite Straße 3-4, 38100 Braunschweig
Erweiterung G9 und Sanierung 2. BA
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

24-24470

Beschluss:

Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den Plänen vom 13.07.2024 vorbehaltlich des Beschlusses und der Genehmigung des Haushaltes 2025/2026 zugestimmt.

Die Gesamtkosten - einschl. der Eigenleistung des Referates Hochbau und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes - werden aufgrund der Kostenberechnung vom 18.09.2024 auf 43.805.200 € festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- 14. Begrünungsmaßnahme Bohlweg 5**

24-24224

Ratsherr Stühmeier begrüßt ausdrücklich die Vorlage und die Finanzierung durch die BS|ENERGY, Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG. Er weist in diesem Zusammenhang auf den Antrag „Radwegmarkierungen am Bohlweg zur Verbesserung der Verkehrs- und Fußgängersicherheit“ (23-20437) der CDU-Fraktion im Stadtbezirksrat 130 aus dem Jahr 2023 hin. Vor dem Hintergrund, dass sich die Ausweichflächen durch die Aufstellung der Pflanzmodule weiter verringern, bittet er um Aufbringung der im Antrag 23-20437 beschriebenen Markierungen.

Protokollnotiz: Der Antrag 23-20437 wurde von der Verwaltung durch die Mitteilung außerhalb von Sitzungen 23-20437-01 im Oktober 2023 beantwortet.

Beschluss:

„Der Aufstellung von acht Pflanzmodulen gem. dem anliegenden Konzept wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

15. Anfragen

15.1. Sachstand zur Infrastrukturentwicklung im Zusammenhang mit dem Baugebiet Rautheim-Möncheberg **24-24486**

15.1.1. Sachstand zur Infrastrukturentwicklung im Zusammenhang mit dem Baugebiet Rautheim-Möncheberg **24-24486-01**

Ergebnis:

Die Stellungnahme 24-24486-01 wird zur Kenntnis genommen.

15.2. Mögliche Zwischennutzung von Brachflächen in geplanten Baugebieten **24-24485**

15.2.1. Mögliche Zwischennutzung von Brachflächen in geplanten Baugebieten **24-24485-01**

Ergebnis:

Die Stellungnahme 24-24485-01 wird zur Kenntnis genommen.

15.3. Mündliche Anfragen

15.3.1

Ratsfrau Mundlos bittet um einen aktuellen Sachstand zum neuen qualifizierten Mietspiegel.

Protokollnotiz: Die Anschreiben zur Datenerhebung wurden Ende der KW 41 / zu Beginn der KW 42 an die Bürgerinnen und Bürger versendet. Die Befragungsphase endet am 08.11.2024, anschließend beginnt die Datenauswertung sowie Digitalisierung der z. T. papierhaft eingegangenen Fragebögen. Die Resonanz (Rückfragen, Fehlanzeigen usw.) ist bisher vergleichsweise groß, woran die im Anschreiben kommunizierte Auskunftspflicht offenbar ihren Anteil hat.

15.3.2

Herr Schmidbauer kündigt auf Nachfrage von Ratsfrau Kraatz zum Thema Konzeptvergaben eine Vorstellung für eine der nächsten Sitzungen dieses Ausschusses an.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Kühn schließt die Sitzung um 19:22 Uhr.

gez. Kühn
Kühn
- Vorsitz -

gez. Leuer
Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Herlitschke
Herlitschke
- Stadtrat -

gez. Becker
Becker
- Schriftführung -